



HESSISCHER LANDTAG

03. 09. 2026

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

Historisches Erbe schützen – Extremismus entschlossen entgegentreten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die Beschädigung des Niederwalddenkmals in Rüdesheim am Rhein mit dem linken Spektrum zugeordneten Schriftzügen auf das Schärfste. Die politisch motivierte Beschädigung und Verunstaltung von Kulturdenkmälern ist kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Wer Denkmäler beschädigt, greift Zeugnisse unserer gemeinsamen Geschichte und unseres kulturellen Erbes an.
2. Der Landtag unterstreicht die besondere kulturhistorische Bedeutung des Niederwalddenkmals als eines der bekanntesten Denkmäler Hessens und als Bestandteil des UNESCO-Welterbes Oberes Mittelrheintal. Historische Denkmäler sind Orte der Erinnerung und der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. Sie zu erhalten und vor mutwilliger Zerstörung zu schützen, ist eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe.
3. Der Landtag nimmt mit Sorge die zunehmende Zahl extremistisch motivierter Straftaten und die wachsende Gewaltbereitschaft innerhalb von Teilen der linksextremistischen Szene wahr. Die Zahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten in Hessen ist von 155 im Jahr 2024 auf 283 Taten im Jahr 2025 gestiegen, also um nahezu 83 Prozent. Dieser Anstieg resultierte insbesondere aus einer deutlich erhöhten Zahl von Sachbeschädigungen (2024: 113, 2025: 173). Bundesweit richten sich Taten zunehmend gegen kritische Infrastruktur und Wirtschaftsunternehmen. Diese Entwicklung darf weder verharmlost noch relativiert werden.
4. Der Landtag bekräftigt: Extremismus ist unabhängig von seiner politischen oder religiösen Begründung eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Politisch motivierte Gewalt und die bewusste Missachtung unseres Rechtsstaates sind niemals ein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die intensiven Maßnahmen der Landesregierung, um politischen Extremismus jedweder Ausrichtung in Hessen wirksam zu bekämpfen.
5. Der Landtag begrüßt, dass die Hessische Landesregierung und die hessischen Sicherheitsbehörden bereits konsequent gegen extremistische Bestrebungen und politisch motivierte Straftaten vorgehen. Dazu gehören insbesondere die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz, die Bearbeitung politisch motivierter Straftaten durch spezialisierte Staatsschutzdienststellen der Polizei sowie eine angemessene Weiterentwicklung der rechtlichen Befugnisse der Sicherheitsbehörden. Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, die Prävention und angekündigte zusätzliche Schwerpunkte in der Extremismusprävention umzusetzen. Zu diesen Maßnahmen zählen u. a. die Demokratieförderung und die politische Bildung, die für die Herausbildung eines positiven demokratischen Staatsverständnis unerlässlich sind. Dies gilt auch für die Frage, ob und wo bei besonders exponierten oder wiederholt gefährdeten Kulturdenkmälern zusätzliche lageangepasste Schutzmaßnahmen erforderlich und verhältnismäßig sind, und bestehende Schutzkonzepte entsprechend fortentwickelt werden müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. September 2026

Für die Fraktion
der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert